

wollten, und die Wissenschaftler nicht verbeamtet werden konnten, durften die Maler und bildenden Künstler ihrer Tätigkeit unter besten Voraussetzungen nachgehen. Verfehlte Unternehmungen wie die landwirtschaftlichen Siedlungspläne, die etwa das zionistische Siedlungsmodell auf Frankreich angewandt hätten, werden genau beschrieben.

Die Emigranten hatten innerhalb der Pariser Welt ihre Treffpunkte, ihre Cafés, wo man nur deutsch gesprochen hat, ihre Vereine wie die religiöse „Association des émigrés israélites d'Allemagne en France“, die schon im April 1933 gegründet wurde. Die Ostjuden aus Polen und Rußland bildeten unter den jüdischen Emigranten eine Gruppe für sich, die gerade in der ersten Emigrationswelle besonders stark vertreten war.

Für die deutschen Juden, die an der Résistance teilgenommen hatten, galt später eine uneingeschränkte Aufnahme in die französische Gesellschaft. Der Einschnitt des Krieges relativierte übrigens auch den Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Emigranten. Auch Gegner des Zionismus mußten nach dem Krieg ihre Beziehung zum Judentum korrigieren.

Julia Franke versucht die Einstellung der Deutschjuden zu Deutschland, ihre komplizierte Haßliebe zu messen. In den dreißiger Jahren führen Juden, die nach Frankreich emigriert waren, besuchsweise nach Deutschland zurück. Nur die Hellsichtigsten rechneten schon 1933 mit einer jahrelangen Herrschaft Hitlers. Die Diskrepanz zwischen dem Bild des liberalen Frankreich und den Schikanen im Alltag, denen sie ausgesetzt waren, war für die Emigranten eine zusätzliche bittere Erfahrung. Einzelne Hinweise, etwa

darauf, daß die armen Emigranten den Hilfsorganisationen und nicht den französischen Behörden auf der Tasche lagen, zeigen, daß die Autorin nicht immer frei von Legitimationskategorien argumentiert. Wenn man über Identitätsprobleme reflektiert, ist es schwierig, an allen Stellen den nötigen Abstand zu wahren. Dissonanzreaktionen, die retrospektive Einstellung zur eigenen Entscheidung, sind auch schwer zu objektivieren. Allerdings ist die Autorin in diesem für alte Historiker oder Literaturwissenschaftler, die mit diesem Abschnitt der Zeitgeschichte zu tun haben, unentbehrlichen Buch soweit auf den Weg der demographisch exakten Analyse gegangen, wie es die Quellen zuließen. Insgesamt haben wir es also mit einem künftigen Standardwerk der Emigrationsforschung zu tun.

Michel Espagne

Günther Heydemann, Eckhard Jesse (Hrsg.), Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis, Duncker und Humblot, Berlin 1998, 332 S.

Der vorliegende Sammelband geht auf ein Symposium von Historikern und Politologen zu Fragen des Diktaturvergleichs und der Totalitarismustheorie zurück, das die Herausgeber 1997 in Leipzig ausrichteten. Mit diesem Band beabsichtigen sie, „eine Brücke“ zwischen Theorie und Praxis des Diktaturvergleichs zu schlagen.

Einleitend stellen sie die Bedeutung des Diktaturvergleichs mit dem Hinweis auf die weit verbreitete Wiederbelebung des Totalitarismusbegriffs nicht nur in der deutschen, sondern z.B. auch in der osteuropäischen Forschung und

Öffentlichkeit seit dem Ende der kommunistischen Diktaturen anhand zahlreicher Beispiele aus den 1990er Jahren heraus und bieten eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Beiträge. Die Darstellung weist dabei sprachliche Mängel auf („Die konkreten Vergleichsergebnisse...widerlegen damit von vornherein, daß diktaturvergleichende Forschungen keineswegs zu undifferenzierten oder gar einseitigen Ergebnissen bzw. Bewertungen führen müssen...“, S.20), die herauszustellen die Rezensentin für Haarspalterei hielt, erschienen sie ihr nicht symptomatisch für eine gewisse Oberflächlichkeit, die sich auch an anderen Stellen zeigt.

Unter den hier in der Reihenfolge des Bandes vorgestellten Beiträgen finden sich Zusammenfassungen von Spezialstudien, kurze Aufsätze, die eher den Charakter von Forschungsanregungen tragen, aber auch Beispiele für den Versuch, große Zusammenhänge in einem Entwurf zu beleuchten.

Eckhard Jesse argumentiert in seinem Beitrag „1917-1933-1945-1989: Das 20. Jahrhundert als Zeitalter des Totalitarismus“ für die im Titel genannte Charakterisierung des 20. Jh.s. Dazu grenzt er zuerst die Merkmale totalitärer Herrschaft gegen quasi-totalitäre Elemente in vormodernen Systemen ab, faßt in einem zweiten Schritt entlang der genannten Schlüsseljahre Eckpunkte aus der Geschichte totalitärer Systeme zusammen und kommt zu dem Ergebnis, der Kommunismus „dürfte ... weitaus geschichtsmächtiger gewesen sein als der Nationalsozialismus, was sich auch in dem zählbaren Mythos vom Antifaschismus zeigt“ (S. 38).

Daß die Frage nach der Charakterisierung eines Jahrhunderts und nach den historischen Wirkungen

den historischen Wirkungen des Kommunismus politisch bedeutsam ist, ist evident. Für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung entscheidende Fragen stellt *Jesse* jedoch nicht. So wendet er sich explizit gegen die Auffassung von Klaus Tenfelde, 1914 im Sinne des Beginns einer Modernitätskrise könne als historisch wichtigere Zäsur als das Jahr 1917 betrachtet und von einer „Einheit der Epoche...1914-1990“ gesprochen werden. Für eine Auseinandersetzung mit diesem Interpretationskonzept müßte *Jesse* jedoch auch andere Ebenen als die politische Ereignisgeschichte heranziehen und z.B. die Beziehung zwischen totalitärer Herrschaft und „Modernitätskrise“ thematisieren.

Markus Huttner („Totalitarismus und säkulare Religionen – Die Anfänge der Totalitarismuskritik in England“) macht auf eine wenig beachtete Tradition des Begriffs aufmerksam: seine Verwendung auf publizistisch-politischer Ebene in England seit den dreißiger Jahren. *Huttners* besonderes Interesse gilt dabei dem seinerzeit einflußreichen Journalisten und Deutschlandkenner Frederick A. Voigt. Dieser charakterisierte in dem Ende der 1930er Jahre mehrfach aufgelegten und übersetzten Werk „Unto Caesar“ Nationalsozialismus und Bolschewismus als zwei Erscheinungsformen „säkularer Religionen“ – unabhängig von seinem österreichischen Zeitgenossen Voegelin, dem dieses Konzept üblicherweise zugeschrieben wird.

Huttner faßt die Analyse Voigts zusammen, streicht weitsichtige Einsichten heraus und charakterisiert die zugrundeliegende christliche Anthropologie. Dabei versteht er es, Hintergrundinformationen und Detailuntersuchung so miteinander zu verbinden,

daß dem Leser nicht nur ein interessantes Stück Ideengeschichte (vom Einfluß Karl Barths auf einen Autor wie Voigt bis zu Voigts Einfluß auf Autoren wie Alfred Cobban oder George Orwell) nahegebracht wird, sondern auch größere historische Zusammenhänge, wie die Frage nach dem Einfluß des publizistisch verbreiteten Diktaturvergleichs auf die politischen Eliten, aufleuchten. Schließlich bietet dieser Beitrag auch durch seine sprachliche Qualität angenehme Lektüre (was der wissenschaftlichen Aufbereitung des Textes mit sehr umfassenden und hilfreich kommentierten Fußnoten keineswegs Abbruch tut).

Achim Siegel geht in seinem Beitrag „Diktaturvergleich und Totalitarismustheorie – Zur Weiterentwicklung des Totalitarismuskonzepts von Carl Joachim Friedrich“ der Kritik nach, Friedrich behaupte willkürlich eine Wesensgleichheit von Nationalsozialismus und Kommunismus, ohne wissenschaftliche Kriterien für die Auswahl der Merkmale, die ein politisches System als totalitär qualifizieren. *Siegel* zeigt dagegen, daß bei Friedrich zumindest implizit ein solches Kriterium zu finden ist, die Merkmale nämlich funktional bestimmt werden. Somit bleibe Friedrichs Ansatz eine geeignete Basis für den Diktaturvergleich. Allerdings ist die Schlußfolgerung, daß totalitäre Systeme endogen stabil wären, weniger überzeugend, und der folgende Versuch, den Zusammenbruch der Sowjetunion aus letztlich externen Faktoren zu erklären, wirkt konstruiert und steht potentiell auch in Widerspruch zu empirischen Studien des Bandes (siehe den Beitrag von Werner).

Lothar Fritze vertritt in seinem Beitrag „Herrschaft und Konsens – Über Stabilitätsbedingungen von Weltan-

schauungsdiktaturen“) am Beispiel von NS und DDR die These, daß die Stabilität von Diktaturen nicht nur auf Terror beruht, sondern auch auf dem Versprechen, Defizite der Moderne hinsichtlich der Befriedigung anthropologisch universaler Bedürfnisse, z.B. nach Sicherheit und Gewißheit, nach Gruppenzugehörigkeit usw. zu befriedigen. So interessant die zugrundeliegende Frage ist, so wenig ergiebig erscheinen Fritzes Ausführungen im Sinne einer wissenschaftlichen Suche nach möglichen Antworten. Literatur wird eher sporadisch und zum Zwecke der Illustration herangezogen, auf auch für die DDR vorliegende Forschungen und Thesen zu den – sicherlich komplexeren – Ursachen der Stabilität der Diktatur wird kaum eingegangen, Quellen werden erstannlich unkritisch behandelt (so wird z.B. eine Äußerung Heiner Müllers von 1984 über die Überzeugungs- und Mobilisierungskraft der Ideologie in den fünfziger Jahren als authentisches und verallgemeinerbares Zeugnis behandelt, ohne auf die Person Heiner Müllers, seine Situation in den fünfziger und achtziger Jahren, den Kontext der Äußerung und die Möglichkeit von Rückprojektion und Selbststilisierung einzugehen). Auch die Erklärungskraft von *anthropologischen Universalien* wird nicht kritisch diskutiert. Es wäre sicher ein spannendes (und schwieriges) Unterfangen, die Rolle der genannten Bedürfnisse und Versprechungen als Projektionen in der Vorstellungswelt historischer Akteure zu untersuchen. Die hier pauschal vertretene These läuft jedoch eher Gefahr, selbst retrospektiven Konstruktionen und Klischees zu unterliegen.

Klaus-Dieter Müller argumentiert in seinem Beitrag „Handlungsbedingun-

gen von Systemgegnern. Widerstand in den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts“, daß beim Vergleich von Widerstand in Diktaturen die Phasen Herrschaftsübernahme, Herrschaftssicherung, voll funktionierende Herrschaft sowie Auflösung/Ablösung der Herrschaft als Handlungsbedingungen zu beachten sind und spezifiziert diese Phasen für den Nationalsozialismus, die Sowjetunion und die DDR. Allerdings, so Müller weiter, konnten die Rahmenbedingungen auch in den nach dieser Unterscheidung gleichen Phasen sehr unterschiedlich sein, z.B. sind Widerstand in NS und DDR unter der jeweils „voll funktionierenden Herrschaft“ kaum sinnvoll vergleichbar wegen des Krieges.

Damit hört er eigentlich genau dort auf, wo die Suche nach dem postulierten „Modell für Widerstandsvergleich“ Konturen annehmen könnte. Er zeigt ja selbst, daß allein die Stabilität der Herrschaftsverhältnisse als Parameter nicht ausreicht. Modellhafte Verallgemeinerungen über Bedingungen, die Widerstand in Diktaturen mehr oder weniger wahrscheinlich machen, würden sicherlich noch andere Faktoren, wie z.B. wirtschaftliche Situation, Geschichte und Tradition u.a. berücksichtigen müssen.

Rainer Eckert („Vorläufer der parlamentarischen Demokratie? Widerstand und Opposition im Dritten Reich und der DDR“) bietet nach einem ebenso skeptischen wie allgemeinen (die Kritik wird kaum im Konkreten dingfest gemacht) Resümee des Forschungsstandes zum Widerstand im Dritten Reich und in der DDR einen Überblick über offene Fragen und Themen. Besonders die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Repression und Formen des Widerstandes stelle eine

Forschungslücke dar, für die sich die vergleichende Analyse als furchtbar erweisen könnte.

Wolfgang-Uwe Friedrich („Kaderpolitik als totalitäres Herrschaftsinstrument – das Nomenklatursystem in der DDR“) informiert in einem recht kursorischen Abriss über Herkunft, Struktur und (Nicht-) Entwicklung (auch bescheidene Reformversuche konnten nicht nachhaltig wirksam werden) des Nomenklatursystems in der DDR. Seine These, daß durch dieses politische Treue letztlich stets über fachliche Qualifikation gestellt und damit eine dysfunktionale Bürokratie geschaffen wurde, ist sicherlich plausibel. Da jedoch Friedrichs Umgang mit Quellen fragwürdig ist (retrospektive Erinnerungen und normative Quellen werden als direkter Ausdruck der Realität behandelt) und er nicht zu konkreteren, Komplexität Raum gebenden Fragestellungen fortschreitet, können seine Ausführungen vor allem als Aufforderung zur empirischen Prüfung verstanden werden.

Steffen Kailitz („Anregung oder Ärgernis? ‚Hitlers willige Vollstrecker‘ aus totalitarismustheoretischer Sicht“) geht von der Beobachtung aus, daß Daniel Goldhagen vor allem von Historikern kritisiert, von Politologen jedoch prämiert wurde. Er verbindet nun seine ausführliche Kritik der methodischen und theoretischen Schwächen der Thesen Goldhagens mit einer kenntnisreichen und systematischen Einordnung dieser in den weiteren Kontext der Genozidforschung. Anregungen für die Forschung, so das Ergebnis, könnten weniger in Goldhagens Thesen selbst, sondern vielmehr im Aufgreifen und Verbinden verschiedener, auch älterer theoretischer Ansätze (z.B. der Krimi-

nologie der sechziger Jahre) zu finden sein.

Günter Heydemann („Integraler und sektoraler Vergleich – zur Methodologie der empirischen Diktaturforschung“) typisiert auf wenigen Seiten unterschiedliche Formen des Diktaturvergleichs. Inter- (z.B. DDR-BRD) und infrastrukturelle (ČSSR-DDR, NS-Kommunismus) Vergleiche werden einerseits, integrale (Gesellschaft insgesamt) und sektorale Fragestellungen andererseits unterschieden und in ihrer Bedeutung füreinander (der integrale Vergleich bietet z.B. den Rahmen für den sektoralen) charakterisiert. Tiefergehende methodologische Fragen werden jedoch nicht angesprochen.

Im folgenden werden vier Beispiele infrastruktureller, sektoraler Vergleiche vorgestellt.

Thomas Schaarschmidt („Vom völkischen Mythos zum „sozialistischen Patriotismus“) zeigt am Beispiel der „Sächsische[n] Regionalkulturpflege im Dritten Reich und in der SBZ/DDR“ Grenzen der Durchsetzung totalitärer Herrschaftsansprüche. Während die einschlägigen Vereine im Dritten Reich unter einem NS-Dachverband fortlebten, wurden sie in der SBZ aufgelöst. Der Vergleich unterstreicht das Paradoxon: die Vereinsmitglieder konnten die radikalere organisatorische Veränderung in der SBZ/DDR zu – staatlich unerwünschten – Freiräumen ummünzen, indem sie daraufhin inhaltlich und personell die entsprechenden Abteilungen des Kulturbundes dominierten.

Christopher Beckmann („Zweierlei Gleichschaltung. Die Durchsetzung des Machtanspruchs von NSDAP und SED auf kommunaler Ebene“) untersucht für den sächsischen Landkreis Grimma, wie sowohl NSDAP als auch SED

bei der Etablierung ihrer Herrschaft taktisch vorgehen, auf lokale Kräfteverhältnisse vorerst Rücksicht nehmen und ihren Machtanspruch z.T. indirekt, wie durch die „Taktik des zweiten Mannes“, durchsetzen. Eine tiefergehende Analyse seiner interessanten Beobachtungen bleibt der Autor an dieser Stelle schuldig. Dies mag dem begrenzten Raum zuzuschreiben sein, allerdings auch der konzeptionellen Beschränkung, daß die Gesellschaft, um deren grenzensetzende Wirkung es dem Autor erklärtermaßen geht, besonders in dem Teil zur SBZ/DDR zu wenig in den Blick genommen wird.

Georg Wilhelm stellt die Haltung der Leipziger Pfarrerschaft zu den jeweils neuen Machthabern nach 1933 und 1945 dar. Lokalstudie und Vergleich geraten hier jedoch mangels reflektierter Fragestellung und Methodik zur bloßen Illustration hinlänglich bekannter Thesen. Da sehr ausführlichen Zitaten Raum gegeben wird, kann dies nicht allein der Kürze des Beitrags zugeschrieben werden. Dabei liegen die interessanten Möglichkeiten des Ansatzes auf der Hand, gerade durch die lokale Begrenzung und die zeitliche Nähe der zu vergleichenden Diktaturen könnte z.B. untersucht werden, wie sich die Haltung zur einen Diktatur bei den gleichen Personen auf die Haltung zur zweiten auswirkte usw.

Oliver Werner untersucht am Beispiel eines Leipziger Schwermaschinenbaubetriebes das Handeln von Betriebsleitungen in zweierlei Diktaturen. Dieses ist der einzige der Vergleiche, der systematisch durch Gegenüberstellung erfolgt. *Werner* analysiert Strategien von Betriebsleitungen, betriebliche Eigeninteressen auch gegen staatlichen Vorgaben durchzusetzen anhand der Außenbeziehungen, der

Personalpolitik, und der betrieblichen Sozialpolitik. In einer komplexen, in der Diskussion der Literatur und in methodischen Begründungen schlüssigen und souveränen Darstellung führt er vor, wie diese Strategien einerseits für die Produktion unerlässlich waren, aber andererseits das Wirtschaftssystem insgesamt zunehmend lähmten.

Augenfällig ist an den empirischen Fallstudien, daß die ertragreicheren unter ihnen sich alle mit Fragen der Grenzen totalitärer Herrschaft befassen – ein Aspekt, der im Theorierteil keine Erwähnung findet. So wird der von den Herausgebern angestrebte Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis hinsichtlich der Konzeption des Bandes kaum erreicht, in einzelnen Beiträgen ist er jedoch gelungen.

Elena Demke

Karl-Heinz Ladeur, Negative Freiheitsrechte und gesellschaftliche Selbstorganisation. Die Erzeugung von Sozialkapital durch Institutionen (Einheit der Gesellschaftswissenschaften Bd. 114), J. C. B. Mohr (P. Siebeck), Tübingen 2000, XIX, 349 S.

Der letzte Satz dieses sozialwissenschaftlichen Werkes aus juristischer Feder lautet: „...die Institutionen des klassischen Liberalismus (haben) ein Modell entwickelt, zu dem ein Äquivalent gefunden werden muß.“ Dabei geht es um die Paradoxie der Produktion einer kollektiven Ordnung, die nicht das bewußte Produkt der Gesellschaft ist, wie an anderer Stelle gesagt ist. Diese Notwendigkeit ergibt sich für den Autor nicht nur, weil er die Beobachtung der durch die gesellschaftliche Selbstorganisation geschaffenen Zwän-

ge für notwendig hält, sondern auch weil das durch Selbstorganisation geschaffene Sozialkapital in Netzwerke mündet, die allgemein von Nutzen sind, ohne staatliche Intervention oder Grenzbestimmung gegenüber ihrem freien Belieben. Damit ist schon angedeutet, wofür hohen theoretischen Anspruch das Werk verfolgt. Es tritt daher unter den Arbeiten eines Juristen, der zugleich in Gebieten des besonderen Verwaltungsrechts vielfach ausgewiesen ist, besonders hervor. Zudem mag es praktisch-dogmatische Konsequenzen im Recht haben, selbst wenn die engeren Fachkollegen es zunächst kaum wahrnehmen – wofür vieles spricht.

Ausgehend von einem systemtheoretischen Ansatz sucht die Schrift fruchtbar zu machen für eine andere Zeit, was aus dem Zeitalter des liberalen Verfassungsrechts und seiner Theorie verloren zu gehen droht: eine Rekonstruktion nämlich der Gesellschaft als tragfähiges Substrat menschlicher Ordnung aus ihrer eigenen regenerativen Kraft und dies auch in den Milieus der Massengesellschaft unserer Tage; sie muß diese Kraft aus der Vielfalt gewinnen, in die sie zerfällt. In Unternehmen kristallisiert dieses Phänomen aus, weil sie auch Sozialkapital produzieren, dessen Allokation nicht ihnen allein zuzuordnen, sondern für die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung ist.

Um das und mehr abzuschreiten, dafür gliedert die Schrift in drei Hauptteile, nämlich einem ersten zur Rekonstruktion der liberalen Theorie der wirtschaftlichen Grundrechte, einem weiteren zu wirtschaftlichen Freiheitsrechten und der Gesellschaft der Organisationen sowie einem letzten zu sozialen Risiken, sozialen Rechten und dem Paradigma der Prozeduralisierung,